

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

10.10.2007

0088/2007

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 116 der Geschäftsordnung

von Caroline Lucas, Gyula Hegyi, Janusz Wojciechowski, Harlem Désir und
Hélène Flautre

zu der Untersuchung des Machtmissbrauchs durch große Supermarktketten, die
in der Europäischen Union tätig sind, und zu entsprechenden
Abhilfemaßnahmen

Fristablauf: 24.1.2008

0088/2007

Schriftliche Erklärung zu der Untersuchung des Machtmissbrauchs durch große Supermarktketten, die in der Europäischen Union tätig sind, und zu entsprechenden Abhilfemaßnahmen

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 116 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass in der gesamten EU der Einzelhandel zunehmend von einer kleinen Zahl von Supermarktketten beherrscht wird,
- B. in der Erwägung, dass diese Einzelhändler rasch die Kontrolle über den einzig wirklichen Zugang von Bauern und anderen Lieferanten zu EU-Verbrauchern erlangen,
- C. in der Erwägung, dass Erkenntnisse aus der gesamten EU darauf hindeuten, dass große Supermärkte ihre Kaufkraft dazu missbrauchen, die an Zulieferer (sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU) bezahlten Preise auf unhaltbare Niveaus zu drücken und ihnen unfaire Bedingungen zu diktieren,
- D. in der Erwägung, dass eine derartige Druckausübung auf die Zulieferer nachteilige Folgewirkungen sowohl auf die Qualität der Beschäftigung als auch auf den Umweltschutz haben,
- E. in der Erwägung, dass den Verbrauchern dadurch möglicherweise ein Verlust an Produktvielfalt, kulturellem Erbe sowie Einzelhandelsverkaufsstellen droht,
- F. in der Erwägung, dass in einigen EU-Mitgliedstaaten nationale Rechtsvorschriften eingeführt wurden, um einen solchen Missbrauch einzudämmen, dass aber große Supermarktketten zunehmend über nationale Grenzen hinweg tätig sind und harmonisierte EU-Rechtsvorschriften als wünschenswert erscheinen lassen,
 1. fordert die GD Wettbewerb auf, die Auswirkungen der Konzentration des EU-Supermarktsektors auf Kleinunternehmen, Zulieferer, Arbeitnehmer und Verbraucher zu untersuchen und insbesondere jegliche Missbräuche der Kaufkraft, die aus einer solchen Konzentration entstehen können, zu bewerten;
 2. ersucht die Kommission, geeignete Maßnahmen, einschließlich Regulierung, vorzuschlagen, um Verbraucher, Arbeitnehmer und Hersteller vor jeglichem Missbrauch einer beherrschenden Stellung oder im Zuge dieser Ermittlung festgestellten nachteiligen Auswirkungen zu schützen;
 3. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner der Kommission, dem Rat und den Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.